

Offener Brief an die GRÜNEN Minister Annalena Baerbock und Robert Habeck und die GRÜNE Parteiführung

Grünes Wahlprogramm zur BT Wahl 2021:

„Wir machen uns stark für zivile Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete sowie an Autokraten beenden.“

Liebe Annalena, lieber Robert, liebe Ricarda, lieber Omid

Ihr habt am 26.02.2022 vor der Presse verkündet:

"Nach dem schamlosen Angriff Russlands muss sich die Ukraine verteidigen können. Sie hat ein unabdingbares Recht auf Selbstverteidigung. Die Bundesregierung unterstützt daher die Ukraine auch bei der Ausstattung mit dringend benötigtem Material." (Augsburger Allgemeine, 26.2.2022)

Damit habt Ihr eine 180-Grad-Wendung in der grünen Politik wie in der Politik der Bundesrepublik eingeleitet.

Die Unterzeichner*innen verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Militärangriff auf die Ukraine auf das Schärfste. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich gegenüber der russischen Regierung für die sofortige Einstellung aller militärischen Aktivitäten, den Rückzug aller Truppen und eine Rückkehr zu Verhandlungen einzusetzen. Wir sehen eine diplomatische Lösung immer noch als die einzig mögliche und fordern alle Seiten auf, nicht weiter zu eskalieren. Es muss über einen sofortigen Waffenstillstand verhandelt werden.

Bei dieser Forderung waren wir uns mit Euch bisher einig.

Nun wollt Ihr die Ukraine in der militärischen Auseinandersetzung mit Russland unterstützen. Mit den Waffenlieferungen erweckt Ihr den Anschein Hilfe zu leisten und gebt den westlich orientierten Menschen in der Ukraine den Glauben, sie hätten eine militärische Chance gegen Russland. Das Recht des Stärkeren ist kein realistisches Prinzip. Dabei werden die damit verbundenen Probleme ausgeblendet: Was macht ihr bei Angriffen auf die Waffentransporte? Ist das dann ein Kriegsfall für die NATO? Was macht ihr bei weiterer Eskalation, z.B. den darauf für Putin als Ausweg erscheinenden Einsatz von Atomwaffen? Setzt dann die NATO Atomwaffen gegen Russland ein?

Wir befürchten, dass Waffenlieferungen die Situation weiter eskalieren. Das könnte zu einer Destabilisierung Europas und einem humanitären Desaster führen. Wir fordern alle Seiten auf, wieder auf Dialog zu setzen – so schwer das in einer eskalierten Situation auch ist. Die Gesprächskanäle auf allen Ebenen müssen offengehalten werden. Und die Bundesregierung muss den Anfang machen, weil Putin ihn nicht machen wird. Wir brauchen einen sofortigen Waffenstillstand und eine politische Lösung des Konfliktes zwischen der NATO, der EU, der Ukraine und Russland auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit.

Waffen töten, egal wofür und von wem sie eingesetzt werden!

Jetzt und heute geht es darum dem Sterben schnellstens ein Ende zu setzen. Jede Waffenlieferung in die Ukraine erzeugt genau das Gegenteil. Wer jetzt Waffen liefert, füttert diesen wahnsinnigen Krieg. Tragt dazu bei, dass die Ukraine und Russland an den Verhandlungstisch gehen.

Es geht nicht darum Recht zu haben, es geht darum, die Waffen zum Schweigen zu bringen und das Töten zu beenden. Mehr Waffen erzeugen genau das Gegenteil. Die Ukraine ist nicht allein, die Weltgemeinschaft wird sich für einen Fortbestand der Ukraine nach einem Waffenstillstand einsetzen.

Wir bitten Euch eindringlich,

KEINE WAFFENLIEFERUNGEN IN DIE UKRAINE,

VERHANDLUNGEN ZUR DEESKALATION SOFORT!

Maria R. Feckl, Karl-W. Koch, Lene Greve, Svenja Horn, Franz Krause, Elina Eickstädt, Hans Schmidt, Horst Schiermeyer, Martin Pilgram, Claudia Laux, Barbara Romanowski

Weitere Unterstützer*innen bitte an Maria Feckl (Maria.Feckl@gmx.de)